

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 1/2 Sgr., für die
übrigen Deutschen Staaten
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen, im Kgr. Sachsen
u. Grstz. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Verlag in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen für die
Bereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueder,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Hah,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Hilfs-Expeditionen und sonstige Partei-Gelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 49.

Mittwoch, 29. April.

1874.

Abonnements auf den „Volksstaat“

Für die Monate Mai und Juni zu 10 1/2 Sgr. werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 8 Sgr. bei der Expedition, Zeigerstr. 44, und bei Colp. Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Hilfs-Expeditionen: für **Boltmarsdorf**, **Reudnitz**, **Reuschönefeld** u. bei D. Stelzer, **Reudnitz**, Kapellengasse 11, 2 Tr., für **Plagwitz** und **Linnewitz** u. bei Frau Hohe, **Plagwitz**, Bismarckstr. 26, für **Connewitz** u. bei Teubert, **Vornaische Straße** 19, für **Kleinöschers** und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für **Lohnberg** bei Horn, **Hauptstr. Nr. 95**, für **Stötteritz** bei Gust. Voigt, **Schulweg 2**, für **Gohlis** u. bei D. Peutert, **Hauptstr. 19**.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 8 Sgr. frei in's Haus abonniert, bei Trautmann, **Engelauer** 6b, 4 Tr.; **Görge**, **Weberstr. 32**; **Rubnow**, **Brunnenstr. 34** im Laden; **Wiegner**, **Elisabethstr. 1**; **Vogel**, **Prinzenstr. 61**.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbeitrag zu entrichten.

An die Abonnenten in Sachsen.

Bei Verweigerung der Annahme des Abonnements für Mai seiend einer Postexpedition, wollen sich die Betroffenen auf das Circular vom 16. März 1872 Nr. IV 2463 A berufen, wonach Monatsabonnements auf den „Volksstaat“ im Königreich Sachsen und Herzogthum Sachsen-Altenburg zulässig sind.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Rede des Abgeordneten Julius Motteler über das Militärgesetz in der Reichstags-Sitzung vom 20. April.

Meine Herren! — (Auf: Tribüne!) Ich spreche auf Grund der Beschlüsse von meinem Plaze aus. Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß man in diesem Hause ganz wohl urtheilen werden kann, wenn die Herren Abgeordneten ein Interesse daran nehmen, den Redner zu hören. Ich werde demgemäß bemüht sein, so verständlich als möglich vom Plaze aus zu sprechen, wenn die Herren in diesem Hause auch um ein Stündchen entgegengemessen wollen.

Es ist uns bei der ersten und zweiten Lesung dieses Gesetzes nicht gelungen, im Worte zu gelangen; der noch hatten wir ein wesentliches Interesse daran. Sie wissen, meine Herren, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die hier in diesem Hause gegenwärtig durch vier Abgeordnete vertreten ist, die soziale, politische und religiöse Frage nicht trennt. Eine Vorlage nun, wie die gegenwärtige, bietet uns eine Partei die beste Gelegenheit, ihre Grundsätze zu vertheidigen und zu rechtfertigen; es giebt keine durchschlagenderen Beweismittel, die Richtigkeit unserer Auffassung der Zusammenhänge der drei Fragen zu erklären und deren wörtlichen Zusammenhang darzulegen, als die in der Vorlage des Militärgesetzes enthaltenen.

Es ist von verschiedenen Rednern dieses Hauses darauf hingewiesen worden, daß die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bei dieser Gesetzesvorlage in erster Linie in Betracht kommen. Dabei sind die sogenannten politischen Bedürfnisfragen jedoch weit einseitiger von allen Seiten behandelt worden, als die wirtschaftlichen, die nach unserer Auffassung die entschieden wichtigsten sind. Ich will mich nicht damit beschäftigen, abweichend von den gegenwärtigen Meinungen, die gemacht wurden, die Meinungen entgegen, die vom politischen Standpunkte aus sich gegen das Militärgesetz wandten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei ist sich ja auch der Ehre, eine der bestgehabten Parteien im Hause zu sein; ihre Angehörigen werden nach dem politischen Standpunkte, den sie einnehmen, von gewisser Seite eingereiht in die Kategorie der Reichsfeinde, Feinde des Vaterlandes und Feinde des Staates ganz inobesondere.

Nun, meine Herren, ich glaube berechtigt zu sein, darauf zurückzukommen, daß es doch wohl der Mühe lohnte, zu erwägen, weshalb eine Partei sich in so scharfer Stellung gegenüber diesen Institutionen befindet. Weshalb sind wir Feinde des Vaterlandes, nach der Auffassung der größeren Zahl der Vertreter dieses Hauses, wenn wir die Gesellschaft, warum des Staates Gegner? Sind wir aus bloßer Lust zum Opponiren, oder haben wir berechnete Gründe, gegen die erwähnten Institutionen uns zu kehren? Vom wirtschaftlichen, wie vom politischen Standpunkte aus haben wir sie. Ich darf wohl weiter fragen: sind denn die genannten Institutionen so angelegt, daß wir uns darin wohl und zufrieden fühlen könnten? — Wenn wir speciell von anderer Seite von uns Gegnern des Reiches sprechen hören, so ist dies so allgemein gehalten, daß, wenn man das Wort hört, man selbst als Sozialdemokrat, wenn man nicht lächeln möchte, darüber erschanden könnte. Wir sind Gegner des Reiches, insofern das Reich bestimmte Einrichtungen repräsentirt, unter denen wir uns gedrückt fühlen, unter denen wir leiden; wir sind aber nicht Gegner des Reiches als solches, als eines nationalen, als eines staatlichen Ganzen, sondern wir sind Gegner jener Einrichtungen im Reich, die uns nicht weichen lassen, die uns am gewaltigsten tödnen. Nun, meine Herren, eine solche Institution ist eben der Militarismus, der Militarismus, sage ich, gegen den nicht bloß die vorgeschrit-

teren liberalen Parteien seit dem letzten Jahrzehnt gekämpft haben, der Militarismus, gegen den sogar ein Theil derjenigen Partei, die den tonangebenden Kern dieses Hauses bildet, gekämpft und bei der ersten Lesung sogar durch ihre Redner sehr lebhaft demonstriert hat. Wir sind Gegner des Militarismus vorherrschend aus ökonomischen Gründen, wir trennen ja die großen Eingangs-erwähnten Fragen deshalb nicht, weil wir uns sagen, in einer wohlorganisirten Gesellschaft muß Alles sich wirtschaftlich wohl fühlen, muß auch eine gesunde Politik getrieben werden, in einer wohlorganisirten Gesellschaft muß Jeder nach seiner Fäcigen selig werden können.

Meine Herren, die wirtschaftliche Frage ist entschieden die wichtigste und ich meine daher auch nicht zu verlassen zu können, bei dieser Gelegenheit daran zu erinnern, daß die Schwierigkeiten der Lösung des in der Militärgesetzesvorlage gegebenen Problems, die nun durch das Compromiß erfolgt ist, von vor über einem Jahrzehnte her datiren, in welchem man von ganz gleichen wirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend, seitens der preussischen Fortschrittspartei und der liberalen Parteien gekämpft und operiert hat. Vom Jahre 1862 aufwärts datirt der preussische Militärkonflikt, und, meine Herren, es ist uns derselbe überkommen mit so mancher als wohltätig gerühmten Institution des preussischen Staates, Sie haben ihn durch die Annahme dieses Compromisses auf sieben Jahre nur vertagt; aufgeschoben aber, meine Herren, ist nicht aufgehoben! Ich wünschte als Sozialist, daß es in dieser Session schon gelungen wäre, besonders aus wirtschaftlichen Gründen, den Knoten zu lösen, denn wir sind bei weitem nicht so destruktionslustig, wie man es uns unterstellen möchte, und ich bedauere, daß besonders in der Presse nicht Leidenschaftlosigkeit genug beobachtet wird, daß ganz besonders in dem Verkehr anderer Parteien mit der unsrigen ganz dasselbe waltet, so daß wir häufig verhindert sind, die Ehrlichkeit unserer Absichten genügend darzulegen. Inmitten jeder Partei giebt es extreme Köpfe, vorankommende, die sich wenig darum kümmern, was aus den hinter ihnen Kommenden wird; Remanden aus unserer Partei wird es nicht entfallen, allen Parteigenossen einen Vorwurf daraus zu machen, wenn ein einzelner vorgeschrittener Führer falsche Annahmen getroffen hat; aber ebenso erachten wir es für recht und in diesem Hause möchten wir es für recht erachtet wissen, nicht verantwortlich gemacht zu werden für Thorheiten, die allerdings gelegentlich unter unserer Firma so ganz im Allgemeinen gemacht werden. Unsere Bewegung ist noch so jung, daß man überhaupt noch nicht die volle Klarheit aller Verhältnisse kann.

Meine Herren, ich setze voraus, der preussische Militärkonflikt ist in das Reich hinübergekommen und ist durch das Compromiß nicht gelöst worden. Wir, vom sozialistischen Standpunkte aus, bedauern das auf das Allerlebhafteste, denn die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen wir gegenwärtig leben und von denen, wie der Herr Abgeordnete Börg gesagt hat, man sagen könnte, der Ruin der Gesellschaft habe schon angefangen, sind in der That so löhrend, daß das Volk nicht in der Lage ist, neue Lasten zu tragen an Gut- und an Leuten. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Braun hat, als es sich um eine Beschäftigungs-Instruktion handelte, uns zugerufen, wir möchten auf dem Plane sein, man beachtete auf unsere Ohren eine Hypothek zu legen. Ich erwidere darauf, das deutsche Volk muß auf dem Plane sein bei dieser Gesetzesvorlage, denn man beachtete, ihm eine Hypothek auf sein Fleisch, auf sein Blut, auf seinen Siedbeutel, ja auf seine künftigen Generationen zu legen. Und wenn ich darum wiederhole, die wirtschaftliche Seite dieser Frage ist für uns die allerwichtigste, so will ich Sie doch nicht damit ermüden, die Mittheilungen herunterzulesen, die ein Kolb und andere Staatsräthe anführen als die gewaltig großen Ausgaben für die stehenden Heere; ich will mich auch ferner nicht damit befassen, Ihnen auseinanderzusetzen, daß wir aufrichtige Gegner des vorliegenden Gesetzes sind und weshalb wir neben den wirtschaftlichen auch aus politischen Gründen für die Volkswirtschaftung sind. Meine Herren, der Herr Abgeordnete Graf Moltke hat seiner Zeit in der ersten Lesung gegen die Willen sich als Autorität Washington's berufen. Dem entgegen könnte ich mich auch auf eine Autorität berufen, die sich für die Richtigkeit und Errichtung von Land- und Volkswehren ausspricht: es ist Radetzky, und so haben wir eine große Menge von Autoritäten, die alle die Möglichkeit ausgesprochen haben, daß die Institution der Volkswehr ganz wohl die Institution der stehenden Heere ablösen könne ohne Gefährdung wohlorganisierter Staaten.

Meine Herren, Millionen von Thalern sind in Folge des letzten Krieges in deutsche Hände gekommen. Vom Tische der Regierung ist uns gesagt worden, daß diese Millionen nur zu militärischen Zwecken verwendet werden sollen. Von anderer Seite wird uns in Aussicht gestellt, daß man einem Defizit entgegenzuwirken in Deutschland, wenn bei der hohen Friedenspräsenz die Ausgaben mehr und mehr gesteigert werden. Wenn der Herr Abgeordnete Graf Moltke aber bei der Generaldebatte gesagt hat, daß ein jeder Staat das Recht habe, zu bestehen, das erste Bedürfnis eines Staates sei, zu existiren und sein Dasein nach außen gesichert zu sehen, dann erinnern wir vom sozialistischen Standpunkte aus an ein noch viel wichtigeres Recht im Interesse der Faktoren, die den Staat bilden, wir verlangen für die Individuen, für den einzelnen Menschen, für den Staatsbürger das Recht zu bestehen nach innen wie nach außen, und deshalb erheben wir, wenn auch in dritter Lesung erst, unsere Stimme, um Ihnen zuzurufen: das Volk braucht Frieden, das Volk braucht Brot; allein, die gewaltige Erziehung, in der sich Deutschland befindet, deutet nicht auf Frieden hin, trotz der viel verheißenden Worte

der Thronrede. Im Gegentheil! Verschiedenes, was der Herr General von Boigt-Rogge gesagt hat, deutet auf etwas ganz Anderes hin! Ich will mich nicht damit befassen, in Konjekturenpolitik zu machen, sondern nur daran erinnern, daß wir in Deutschland das traurige Bild der Massenverarmung vor Augen haben und daß wir es nicht unterlassen dürfen, in einer so hohen Versammlung, wie diese, davon zu sprechen. Wir haben uns wohl vorzuhalten, ob das Volk in der Lage ist, die hohen Steuern, die für die Institution, die Sie hier schaffen wollen, unerschwerlich erwachsen müssen, tragen zu können.

Wenn ich nun aber einen Blick in die Einzelheiten des Gesetzes hineinwerfe, so bestärkt sich zu meiner Uezeugung Eines, was uns immer bestritten wurde, nämlich, daß der heutige Staat ein Klassenstaat, daß die heutige Gesetzgebung ihrer Natur nach eine Klassengesetzgebung ist. Ich verweise nur auf § 20, in dem dies klar ausgesprochen wird, und so, wie die hohen Steuern, die hat vollends der Militärsstaat über Ihren sogenannten Rechtsstaat gesiegt, und ich wünsche Ihnen, obwohl ich die Möglichkeit bezweifle, daß alle die Voraussetzungen, die Sie daran knüpfen, sich in alleseitigem Interesse erfüllen möchten.

Weshalb wir nun aber das Wohl der Arbeiterklassen nicht aus dem Militärsstaat hervorgehen gesehen haben, dafür, meine Herren, könnte ich Ihnen mit vielen Zahlen dienen; indes, ich will nur daran erinnern, daß in Deutschland der jährliche Bedarf an Finanzen bei der Quote von 250 Millionen Thalern sich so vertheilt, daß auf den Hof 13, für das Militär 85 und für die Schuldenverzinsung 52 Millionen bezahlt werden — (nach Kolb) —, ganz abgesehen von den übrigen Opfern.

Nun aber, meine Herren, bei dieser Vorlage und namentlich bei dem § 20 hatten die liberalen Parteien Gelegenheit, so manches gegebene Wort einzulösen; denn ich kenne manchen Herrn Kollegen, der bei der Wahlkandidatur ganz besonders in den armen Weidkreisen Sachsens und des Voigtlandes versprochen hat, in ihrem Interesse zu wirken.

Der § 20 lautet:

Auf ein bis zwei Jahre können zurückgestellt, und falls sie nicht nach ihrer Loosnummer zu den Ueberzähligen ihres Jahrganges gehören, für das nächste Jahr vorgemerkelt werden:

1. die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern oder Geschwister.

Nun, meine Herren Liberalen, warum haben Sie nicht die vollständige Freigabe in diesem Falle beschlossen!? Der Herr General von Boigt-Rogge hat doch in der zweiten Lesung, wenn ich mich nicht täusche, gesagt: es dürfe zur Erhaltung des Vaterlandes weder an Menschen noch an Mitteln gespart werden, und bei der großen Masse von Leuten, die nach der deutschen Heeresverfassung ausgehoben werden — es muß ja in Folge dessen noch gelost werden, weil man nicht Alle einstellen kann —, kommt es doch wahrlich nicht in Betracht, ob hundert oder tausend Mann, die einzigen Ernährer hilfloser Familien, Großeltern und Geschwister, mehr ausgelost werden oder nicht; im Gegentheil es ist von höchster Wichtigkeit für Sie, die Sie für die Erhaltung der heutigen Zustände ja alle erdenklichen Mittel einsetzen wollen, im Auge zu behalten, daß dadurch, daß die einzigen Ernährer hilfloser Familien u. s. w. weggenommen werden, neue Lasten den Gemeinden zugewiesen werden, die heute schon gewaltig überbürdet sind; und es ist eine feststehende Thatsache, daß die Wehrung der Armenhäuser und damit zusammenhängend die Wehrung der Zucht-häuser ganz gewaltig vorwärts schreitet. Hier wäre es am Plage gewesen, zu sagen: die einzigen Ernährer hilfloser Familien sind vom Militärdienst befreit. — Soviel für die ganz Arme, denn es kann ja nach Ihrer Vorlage der Fall vorkommen, daß ein Ernährer einer hilflosen Familie, der, um ein Beispiel zu nehmen, drei oder vier Geschwister einzuschulen hat, auf zwei Jahre zurückgestellt, nach diesen zwei Jahren aber wieder in die Reserve berufen wird, so daß in Folge dessen die Kinder nicht mehr durch ihn ausgebildet werden können, sondern die Armenhäuser werden besuchen, oder der Gemeinde oder sonst mildthätigen Seelen werden zur Last fallen müssen.

Nun aber habe ich gesagt, daß § 20 ganz besonders dazu angethan sei, den Nachweis zu liefern, daß Klassengesetzgebung auch in diesem Hause gemacht wird. Meine Herren, ich bin gewohnt, ohne Haß und Leidenschaft zu sprechen. Es liegt ja im Augenblicke nicht anders, es kann keine andere Art von Gesetzgebung stattfinden, denn Sie Alle urtheilen von dem Gesichtspunkte und Standpunkte aus, den Sie einnehmen, so wie wir von dem Gesichtspunkte und Standpunkte aus urtheilen, den wir einnehmen. Hier heißt es aber weiter unter Nr. 1 in § 20, daß

der Sohn eines zur Arbeit und Aussicht unfähigen Grundbesizers, Pächters oder Gewerbetreibenden, wenn dieser Sohn dessen einzige und unentbehrliche Stütze zur wirtschaftlichen Erhaltung des Bestandes, der Pachtung oder des Gewerbes ist,

auf ein bis zwei Jahre zurückgestellt werden soll. Ich bin weit entfernt davon, die misliche Lage des kleinen Grundbesizers zu verkennen, aber hier beginnt so zu sagen der Pseudobefug der Klassengesetzgebung heranzublicken. Hier wird der Grundbesitzer als solcher begünstigt, so daß derjenige, der in der Lage ist, über Grundbesitz zu verfügen oder Pächter zu sein, also immer noch wesentlich besser situiert ist, als der einzige Ernährer einer hilflosen Familie, der von früh bis in die Nacht arbeitet und dürftig von der Hand in den Mund lebt, — in der Vergünstigung dem entschieden Armeren gleichsteht.

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

„Deutscher Beruf.“ Bei passender Gelegenheit frug jüngst im deutschen Reichstage der Abgeordnete Kopp an, ob es wahr sei, daß deutsche Kaufleute und Schiffskapitäne sich in den östlichen Gewässern unter deutscher Flagge am Kaufhandel betheiligt hätten. Herr Delbrück mußte eingestehen, daß ein solcher Fall vorgekommen sei, daß aber, nach Maßgabe der Verhältnisse, die englischen Behörden hätten einschreiten müssen, welche sich dazu nicht veranlaßt gesehen hätten.

Der Menschenhandel, der mit den Kulis, einem indischen Stamme, getrieben wird, ist also der deutschen Bourgeoisie nicht zu schmachvoll. Unter welcher Flagge er getrieben wird, ist ganz einerlei; mit der Antwort des Herrn Delbrück ist der offizielle Beweis geliefert, daß es deutsche Kaufleute gibt, welche sich nicht scheuen, den Sklavenhandel in seiner abscheulichsten Form wieder einzuführen. Das „Geschäft“ ist für die Ausbeuter beider Hemisphären (Erdbälften) doppelt günstig, denn während eine zahllose Menge von Agenten, Schiffskapitänen, Sklavenhändlern und Seelenverkäufern den „Gewinn“ des Menschenhandels einsteckt, brücken die amerikanischen Arbeitstheer mittelst der Kulis die Löhne herab, da die an wenig Bedürfnisse gewöhnten, durch die Sklaverei deprimierten Kulis selbstverständlich mit weit niedrigeren Löhnen zufrieden sind, und obnehin durch das Angebot der importierten Lohnsklaven die Nachfrage nach einheimischen Arbeitern bedeutend eingeschränkt wird. So findet die Bourgeoisie im Menschenhandel ihren doppelten Vortheil und alle die schönen Phrasen, welche unsere „patriotischen“ Handelsherren zur Zeit des Sklaventriebs in Amerika losgelassen, werden zum schneidendsten Hohn durch die unwiderlegliche Thatsache, daß die deutsche Bourgeoisie sich wiederum an dem Sklavenhandel betheiligt, dessen Träger damals in allen Tonarien als der Abschaum der Menschheit hingestellt worden sind. Ursächlich ohne Gleichen ist diese Bourgeoisie, wo ihr der „Gewinn“ winkt und sie fröhnt ihrem Golddarste rücksichtslos, gleichviel ob sie die Menschen wie Sclavensaat verschachtet, oder sie zwingt, sich selbst Konkurrenz zu machen und dem Hunger zu überliefern. Während die Schiffe deutscher und amerikanischer Kaufleute alle Meere befahren und überall die Paläste der Sklavenzüchter prangen, seufzen die Kulis unter dem harten Druck west-amerikanischer Fabrikbarone und Grundherren und die hungernden Proletarier von New York, die vom Staate Arbeit und Brod verlangen, werden von der Polizei niederkaluppelt.

Vor Kurzem drang das Gerücht zu uns, daß auch ein jezt bankrotttes Handlungshaus in einer bekannten „großen Seestadt“ sich mit dem Kulihandel befaßt habe. Wir hielten damals das Gerücht für unwahrscheinlich; heute, nach der bestimmten Antwort Delbrücks im Reichstage gewinnt dies Gerücht festere Gestalt; zum Mindesten ist die Sache sehr leicht möglich, wenn nicht sehr wahrscheinlich. Wir müssen den Gang der Dinge abwarten, bis wir uns bestimmt aussprechen können; aber so viel ist bewiesen:

Die deutsche Bourgeoisie mit ihren „Bildungsvereinen“, ihren Harmonie-Aposteln, ihrem „Kulturkampf“, ihrem „Rechtsstaat“, ihrer Frömmerei und Milderkeit, ihren Rufen und Pfaffen, ihren Parlamenten und Universitäten — die deutsche Bourgeoisie führt die Phrase der „Humanität“ auf den Lippen und verschachtet „unter der Hand“ das irische Menschenfleisch.

Und von derselben Bourgeoisie erwarten verblendete Thoren, daß sie der Arbeiterklasse ihre Freiheit „schenken“ werde; „Männer der Wissenschaft“ predigen die Möglichkeit der „Harmonie“ in dem großen „grausamen Kriege“, wo die Schlüge und die Siege alle auf der einen, die Todten und Verwundeten alle auf der andern Seite sind.

Wir aber, die Sozialisten, sind Feinde der „sozialen Ordnung“, nicht wahr, ihr Herrn Menschenhändler?

Ja, wir erlauben uns sogar die Todfeinde eurer insamen „Ordnung“ zu sein!

Wir bleiben Niemand gern etwas schuldig, und da Hr. Puttkammer (Lp) kürzlich im Reichstage die Freundschaft hatte, den „Vollstaat“ allen Reichthums, Stiebers und sonstigen Staats- und Gesellschaftsdirektoren eindringlich zu empfehlen, so wollen wir nicht unterlassen, für unsere Leser den politischen und unpolitischen Charakter dieses Herrn etwas näher zu beleuchten.

Im Jahre 1863 war dieser Puttkammer Landrath des Kreises Demmin in Pommern, wo die „liberale“ Partei den Exminister Schwerin als Candidaten aufgestellt hatte. Der unreaktionäre Krautjunker Puttkammer erließ nun „Warnungen“ an die Druckschulzen vor dem „liberalen“ Candidaten, worin es u. A. hieß: „Nur wenn Sie Ihr Amt als Wahlmann so auffassen (d. h. den von Puttkammer empfohlenen frankjunklerischen Candidaten wählen, werden Sie zugleich den Gehorsam und die Treue beibehalten, welche Sie unserm Allergnädigsten König und Herrn als Beamter geschworen haben.“ — Natürlich gab es doch Männer, welche ihre politische Ehre nicht um ein Stimmzettel des Königs von Preußen und um eine Grobheit des Landraths von Demmin fahren ließen und dem Allergnädigsten König zum Trost wählten, wer ihnen dazu würdig erschien. So der Schulze Schulnecht zu Berchen. Dieser erhielt sehr bald folgendes Schreiben:

„Sie haben, ungeachtet meiner Sie unterm 22. d. Mts. gerichteten eindringlichen Warnung, gestern als Wahlmann für die dem Könige und seiner Regierung feindliche Partei gestimmt. Durch dieses Ihr Verhalten als Wahlmann haben Sie sich der Achtung und des Vertrauens, die Ihr Beruf erfordert, unwürdig gezeigt, und sind nicht länger fähig, das Ehrenamt eines Gemeindevorsethers ausdrücklich zu versehen. Denn wie kann der auf Ansehen und Vertrauen in der Gemeinde Anspruch machen, der den seinem Herrn und Könige geleisteten Eid der Unterthänigkeit und Treue mißachtet! — Ich fordere Sie deshalb auf, sich innerhalb von 8 Tagen bei dem königlichen Domänenamte zu Berchen über die Niederlegung Ihrer Stelle als Schulze zu erklären, widrigenfalls ich die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung bei der königlichen Regierung beantragen werde. Demmin, den 29. October 1863.“

Der Landrath (gez.) v. Puttkammer.“

Also, wer nicht so wählt, wie der Landrath befehlt, ist unwürdig, das Ehrenamt eines Gemeindevorsethers zu versehen! Dieser Puttkammer, der auch dem neuen „Reiche“ Hebammendienste geleistet, war und ist eines der schlimmsten Werkzeuge der Reaction, die auf der Stellenjägerlei jede freibüchliche Regierung niederzutreten suchen. Puttkammer ist denn auch richtig „vortrage der Rath“ im Bundeskanzleramt geworden. Seine letzte Wahl liegt dem Reichstage zur Prüfung noch vor; es sollen dabei uneheliche Dinge vorgekommen sein. Wir werden indeß den Herrn Puttkammer nicht vergessen, und vielleicht ergibt die Wahlprüfung Dinge, die auch uns zu einer Untersuchung veranlassen, ob Herr Puttkammer würdig ist, das „Ehrenamt“ eines Reichstagsabgeordneten „erpfiehlt“ zu versehen.

— Viebermann über „Volkspoesie“. In einem alten Jahrgang der „Deutsch-Allgemeinen Zeitung“ stehen wir (Nr. 67 v. J. 1871) auf folgende lausliche Festung des Culturhistorikers, Politikers und Schöngeists Viebermann:

„Unter dem Titel „Frankreichs Ruin und Deutschlands Ruin“ hat ein Berliner Schriftsteller, Hugo Kätzler, den Krieg mit Frankreich in 200 Versen nach der Melodie: „Die Hussiten zogen vor Rumburg“ besungen. Wir haben hier ächte Volkspoesie; die Verse streifen häufig aus Tragikomische und Triviale, aber die wackere Bestimmung und der gesunde (!) Humor, der in dem Ganzen (!) herrscht, läßt uns gern über diese Ansehenshölle hinwegsehen.“

Wir erfahren hier also, daß die „ächte Volkspoesie“ in häufigen Ausstreifen aus Triviale und in „Ansehenshölle“ besteht. Das deutsche Volk — und von deutscher, speziell von nationaler („wackere Bestimmung“ athenader) „Volkspoesie“ handelt es sich ja — mag sich für diese prächtige Definition bei Herrn Professor Viebermann bedanken. Und die „verkommenen“ Franzosen auch.

— Da leugne man noch, daß dem Staat das Interesse der Arbeiter nicht am Herzen liege! Selbst über das Grab hinaus folgt ihnen seine Liebe. In der „Frankfurter Zig.“ vom 21. d. lesen wir:

„Wie die „Post. Zig.“ von zuverlässiger Seite erfährt, hat man es für nothwendig erachtet, in einzelnen Gegenden der preussischen Monarchie bei der Lebhaftigkeit und den gesteigerten Anforderungen, womit seit einiger Zeit für die Ausbreitung und agitatorische Behandlung der sozialistischen und kirchenpolitischen staatsfeindlichen (!) Tendenzen gewirkt wird, die Ertheilung der Genehmigung zur Errichtung von Sterbekassen der Kruppenvereine zu untersagen.“

Was eine Sterbekasse mit „sozialistischen und kirchenpolitischen staatsfeindlichen Tendenzen“ zu thun haben kann, ist uns zwar unerfindlich, indeß an der guten Absicht des Staats wollen wir keinen Zweifel, und nehmen es daher auf Treu und Glauben, daß der Staat aus reiner, uneigennütziger Menschens- und Arbeitersfreundlichkeit die todten Vergewaltiger von der Calamität bewahren will, für „staatsfeindliches“ Geld begraben zu werden. Der Verstorbene würde gewiß keine Ruhe im Grab haben, wenn sich in das Begräbnis ein internationaler schwarzer Großhändler oder rother Heller eingedrängt hätte. Auf alle Fälle sieht so viel fest, daß in Preußen wohl (nach des „alten Fritz“ bekanntem und natürlich wahrheitsgetreuem Ausspruch „Jeder nach seiner Fugon selig werden“ kann, aber nicht nach seiner Fugon sterben und sich begraben lassen darf. „Zwischenhandeleinde“ werden „gestraft“.

— Parteigenosse Schumacher in Köln ist wegen einer zu Norddorf gehaltenen Rede über die Bedeutung des 18. März verhaftet worden.

Zum Prozeß Bazaine.

V.

Es ist unnöthig, auf das schmutzige Gezügel näher einzugehen, ob Bazaine oder Macmahon gewisse Depeschen abgeschickt oder empfangen oder nicht. Es genügt zu wissen, daß Bazaine nicht ausbrach. Er kämpfte nur zum Schein.

Nicht die französischen offiziellen Ankläger, die Generale Riviere und Bourcet lassen wir sprechen, sondern den Friedrich Karl'schen Stabschef v. d. Goltz:

„Am 26. August hatte die französische Armee mit Langsamkeit ihre einleitenden Bewegungen vollzogen, keinen entschiedenen Versuch nach irgend einer Richtung hin unternommen, und dann stand sie von ihrem Plane ab, als sie die Einschließungsarmee in Position, starke Artillerie aber in deren Front entwickelt fand.“

Der Steinmetz'sche Generalstabschef v. Schell sagt in seinem Buche S. 158: „Am 26. August früh concentrirte Bazaine seine ganze Armee auf dem rechten Moselufer, zu einer Zeit, als nur sehr geringe Kräfte der Ernährungsarmee ihm die Trennung seiner Armee von der Festung, namentlich in südlicher Richtung verlegen konnten. Wohl nicht mit eiserner Energie und allen Mitteln den Durchbruch gewollt, gab Marschall Bazaine den Angriff auf, noch ehe er ihn begonnen hatte, weil ein ansprechendes Unwetter den Bewegungen seiner Truppen im durchdrängten Boden hinderlich erschien.“

„Ein Nachmittags gehaltenes Kriegsrath sprach sich für Verbleiben in der Festung aus. So wurde die günstigste Zeit für einen Durchbruch unbenutzt gelassen und der deutschen Ernährungsarmee Zeit gegeben, sich immer fester in ihren Positionen einzubauen.“

Am 31. August auf den 1. September konnten die Deutschen den 140,000 Franzosen, die Bazaine mindestens ins Gefecht führen konnte, nicht mehr als 98,000 Mann entgegenstellen. Es ist nur Ironie, wenn v. d. Goltz die Schlacht von Roisville „den großen Ausfall“, den in großartigen Dimensionen unternommenen Versuch“ nennt, denn er sagt S. 230: „Allein der Angriff gestaltete sich in der That nur zu einem wenig entschlossenen Avanciren in das deutsche Artilleriefeld hinein. Nur an einzelnen Punkten kam zum Infanteriegefecht — — —“

„Sauer 50,000 hommes seulement, c'est été se ménager l'encadrement de 300,000.“ Nur 50,000 Mann durchgebracht und man hatte die Kadres*) für 300,000. So sagt der Gardegeneral Deligny in seiner Broschüre S. 31.

Schon am 13. September konnte Friedrich Karl an Molke berichten:

„Die feindliche Armeeführung in Metz hat, die Vergeblichkeit offener Versuche und die Unmöglichkeit weiteren Operirens im freien Felde beim Mangel an leistungsfähigen Pferden einsehend, den Beschluß gefaßt, die Ereignisse abzuwarten, Metz als die stärkste Festung Frankreichs zu halten, und die Armee du Rhin für spätere Coequalitäten in Frankreich zu erhalten.“ Zu dieser „im Hauptquartier Corny herrschenden Ueberzeugung“ konnte man doch nur durch Bazaine'sche Schuferei gelangen sein. Und darum calculirt man: Gambetta ist ein verrückter Strolch, aber Bazaine ist ein ehrenwerther Mann.

So etwa am 30. September „glaube Prinz Friedrich Karl ferner, daß Marschall Bazaine als Großoffizier des Kaisers, für die im Süden Frankreichs herrschenden extremen Parteien unmöglich Sympathien hegen, er daher auch keine vorherrschende Meinung beigen könne grade dorthin durchzubrechen.“ Die Bazaine'sche verrätherische Correspondenz mit dem deutschen Hauptquartier ist hiermit doch wohl klar genug nachgewiesen. Der Bismarck'sche Ob ruhm in Molke und Unterthan Friedrich Karl hatten den pouavo saltimbanquo (Radio) Bazaine zum „Schwaben“ ge-

*) Den Stamm, den Keen (milidrisa).

bracht, und nun beginnt der Weiss von Bazin die lapidigen Ueberhebungen, wobei er ihm zur Erregung und Beschönigung den rothen Fegen hinhält.

Nach der Schlacht von Sedan hielt sich Bazaine nicht länger für den Bismarck, sondern für den Kaiser selbst. Wie die Septemberegierung für Bismarck, den hoboroan avanturier par excellence (patentirten Krautjunker) nur hommes du pavé (gemeine Kerls) war, so war sie es auch für Bazaine, den ganz gemeinen rotarier avanturier (anadeligen Abenteuerer). Die zwei schänen Sreien hatten ein bequemes niedriges Bruchanzugfeld gefunden. Na der Poire wird es den Deutschen sojar für reguläre Kämpfe unheimlich; v. d. Tann wird aus Odeans geworfen und zwar von einer „feindlichen Armee, die uns beim Beginn des Krieges nicht entgegengetreten war“ (Nicht des preussischen Königs Armeebefehl vom 28. October 1870 aus Versailles); die Bälzer und Dörfer zwischen Versailles und dieser Stadt füllten sich mit Freischärler (huh!) — Francireurs, man ist nahe daran, die nach Molke's gedrucktem Dischalten dumme Belagerung von Paris aufgeben zu müssen. Auf der Bühne erscheinen: Reznier, Boyer, Bourbaki und die weinende Tazania de Chippelchuh. Der von Bismarck gehängelte Bazaine überlegt endlich die große Feldarmee und die Festung. In der Ernährungsarmee vor Metz hatte man dies Ereigniß bereits „discotirt“. Die deutschen Truppen standen auf dem Sprünge und stürzten, ohne sich ihres Glücks recht freuen zu können, in Parforcemärschen gen Paris, die Dife und die Poire.

Die Afterspräsidenten der deutschen Kultur, die deutschen Preßkrüppel, stellen nun den Bazaine als unschuldiges Opfer der französischen Nationalität hin und den Herzog von Amale als Intriganten, als Fälscher, als Ezezeigenen, als Reider und Dummkopf. Darüber wollen wir mit den Patentordamern gründlicher sprechen, wenn uns die vollständigen Archiv: über die preussischen Kriegsgerichte 1806/1807 zur Einsicht überlassen werden, denn von Vergleich lebt der Wig. Boelckst; bemerken wir, daß die st. g. l. n. z. Standgerichtspräsidenten von Baden (1849) her uns bekaunt sind. Die Generale Riviere und Bourcet so wie der Herzog von Amale, besonders der Letzgenannte, haben tüchtig gearbeitet, um vollkommene Herren des Gegenstandes zu werden. Sie haben bewiesen, daß Verleumdung nicht ausschließlich in den Berliner Hofen mit den breiten dunkelrothen Streifen figt. Sie haben in dem dickbäudigen Proceß, dessen vollen genealogischen Bericht ich täglich empfangen habe, das erste bedeutende französische Gegenstück zum sogenannten „großen“ Generalstabswerk geliefert. Indes irao. (Daher kommt der Jora.) Die Berliner Kerlchen glaubten, für diesen Krieg eine Art Erzählungsmonopol zu haben. Das Monopol eines Stils, der ebenso einträglich, wie die Ruß der Berliner Sandjungen — dieses Monopol wird ihnen unbestritten verbleiben. Weiter nichts! —

Mit dem ersten Prozeßakt der Berliner Regierung, „der Provinzialcorrespondenz“, da sie der „reine Bismarck“ ist, müssen wir uns des Näheren beschäftigen. In einem langen, natürlich nach Inhalt und Styl ganz gewöhnlichen Schreibartikel jagt dieser „Bismarck“:

Gambetta, der kurz zuvor die Kriegsführung Bazaine's in den Himmel gehoben, habe das Verrath'schrei gegen Bazaine erstanden, und die Gambetta'sche Anklage habe der französischen Nationalität schwäche gefallen. Der Proceß gegen Bazaine wird als schamlos bezeichnet und das Resultat als lächerlich. Die Gewährsmänner sind die Bazaine'sche Generalcreatur Boyer und der Prinz Friedrich Karl mit seinem Bielen bekannte „Epaalster und Wohnpfeiler“. Der Exi der des berühmtesten Kaiser Telegramms, der mit „ein wenig mehr Licht“ bezogene Held des Pamarmora'schen Baus jözerl auch nicht, das v. d. Goltz'sche Werk für die Behauptung anzurufen, daß die französische Rhein Armee nach dem 18. August unrettbar verloren war. Er tröstet sich damit, daß die Verhandlungen den deutschen Militärs nichts Neues gebracht, und schließt mit dem mächtigen Ausruf, daß Deutschland durch den Proceß nichts verloren, Frankreich aber gewiß nichts gewonnen habe. Trotz Waffenrod und metallern Karäferscheln doch etwas hysterisch!

Die Geschichte wird sich ebenso wenig an das Urtheil Bismarck's über Gambetta als an das Gambetta's über Bismarck lehren, daran werden sojar solche hochproletarische Schreibflawen und Redemier wie Spbel, Wommsen, Treitschke, Eerty et id genus omne (und dies ganze Geschlecht) und auch der Heldenschaut Carlyle gar nichts ändern. In der Gegenwart berichtet die Telegraphie mit elektrischer Unparteilichkeit, wenn der pommersche Christ Bismarck mit seinem Bacher nach Bazin und der Gascoigner Jada Gambetta mit seinem Sputter nach Riza reist.

Angemessener als den Gambetta offiziös von Versailles und Berlin zu belochen, wäre es schon längst gewesen, wenn der Schwarm der Berliner Generalstabskammeraden sich an die unparteiische Besprechung oder Wincelzung der Proceß des Generals Deligny, des Baus: Reg, Campagne et Negotiations vom Obersten d'Artkau, der Artikel des Doenlicutenant Villenois und der hinterlassenen Afscheidungen des Jagenerhauptmanns Koffel gemacht hätte. Jedoch weder diese Schriften noch Gambetta's Anklage haben den Bazaine vor Gericht geführt. Es ist bekannt, daß stets eine Militärkommission die Uebergabe von f. sten Klagen und die Kapitulation von Truppenführern zu untersuchen hat. — Diese Kommission ist es, welche die Stellung Bazaine's vor ein Kriegsgericht beantragte. Ueber dieses Verhältniß sagt der Bismarck-Artikel kein Wort.

Den vor sieben Generalen öffentlich geführten Proceß als schamlos zu bezeichnen, ist um so bismarckischer, als man in Deutschland bisher noch nie gewagt hat, das Publikum bei solchen Verhandlungen als Zeugen zuzulassen. Daß der Ausgang lächerlich, gegen wir zu, aber er ist nicht lächerlicher, als das Resultat der gegen die preussischen Kapitularen geführten Proceße. Auch der Ulmer Mad wurde zu Tode verurtheilt, er wurde tout comme chez vous (ganz wie bei uns) beznagt und war sojar 1819 wieder in voller Generaluniform am österreichischen Hofe. Es ist nicht ganz sicher, daß Bazaine sich solcher deutsch gefühlvollen Verhandlung zu erfreuen haben wird. Däpout, unter den Bourbonen wieder General und Kriegsminister, war für die Kapitulation von Bazin vor ein napoleonisches Kriegsgericht gestellt, aber freigeprochen worden.

Wir sind mit dem „Charakter und den Gewohnheiten“ des Prinzen Friedrich Karl nicht näher bekannt, und da er „unaufgefordert“, wie ihm offiziös nachgerühmt wird, wo es sich um Tod und Leben eines Abers und um seine eigne Belästigung handelt, dankte Briefe schreibt, deren Inhalt, so weit überhaupt zu entziffern, mit den von ihm doch notwendiger Weise gutgeheißenen Auslassungen seines Generalstabs im Widerspruch steht, brauchen wir unsre Unkenntniß seines „Charakters und seiner Gewohnheiten“ nicht gerade zu bedauern. Wir dürfen dem Bismarck diesen Garantien gönnen.

Unsre Leser wissen schon, daß v. d. Goltz druckt (S. 390—391) er könne nicht bestimmt sagen, ob die Armee du Rhin ausbreche

konnte oder nicht, und ob sie, wann ausgebrochen, verloren war oder nicht. Bismarck's Briefschichte überlegen dies dahin, daß v. d. Goltz behauptet, sie wäre jedenfalls nach dem 18. August verloren gewesen. Ist das verdruckt oder drilogen? Auch ist die Anklage gegen Bazaine nicht nur auf seine verätherische Thätigkeit nach dem 18. August, sondern auf die Weise seines Handelns vom Abende des 12. August an gegründet, was unser Elwo-Teutone wieder — wie er denkt klüglich — verschweigen läßt.

Die „deutschen Militärs“ haben während der Cernirung, wie aus v. Schell's und v. d. Goltz's Buch deutlich zu entnehmen, erfahren, daß Bazaine ein Esel und Strolch. Für sie konnte der Versailles Proceß kaum eigentlich militärische Reuzigkeiten bringen. Aber „ohne interessante Aufklärungen“ sind die Verhandlungen nicht abgelaufen. Zuverlässig ist für das lesende Publikum der Erde unabweislich festgesetzt worden, daß Metz und die Bazaine'sche Armee nicht durch die Waffen der Deutschen genommen wurden, sondern durch ganz plumpe politische Intrigue, wie sie eben einem Bazaine und seinen soubouquischen Generalen gegenüber zureichte. Dann wurde aber auch, was doch nicht uninteressant ist, dargelegt, daß fast die ganze Correspondenz zwischen dem Bazaine'schen und dem Friedrich Karl'schen Hauptquartier nicht ohne Bazaine's Zutun weggeschickt worden ist. In Jarras hat sogar noch als Gefangener zu Frankfurt wichtige, ihm offiziell vom preussischen Hauptquartier vor Metz zugekommene Briefschaften an die Preußen ausgeliefert. Dies hat am 1. December der französische Generalsstabcapitän Jung vor dem Versailles Gerichtshof erklärt und unser Wissen hat weder Jarras noch die Berliner bis heute widerprochen. Das nennt Bismarck „keine Aufklärungen“ und die allverächtlichste ars fallendi homines (die Kunst, jemand zu täuschen) der „Provinzialcorrespondenz“, das nennt er seine Aufklärungen. Der stenographische Bericht über den Versailles Proceß ist nicht arm an interessanten, durchaus „neuen“ Mittheilungen. Da sie dem deutschen Publikum auf geraume Zeit nicht zugänglich, — die Bourgeois-Prese auf die powers that be, verliedert und die Pariser deutschen Correspondenten an die Bourgeois-Prese, so kann Bismarck's Degan bequem für den Tag — biemachen. Neu und spasshaft ist die vom General Bonneau du Martray erzählte Geschichte, wie er im Frühjahr 1871, aus der Gefangenschaft zurückgeführt, das in Metz verstreute Archiv der Armee du Rhin auf einem mit einem Esel bespannten Wagen aus der Mitte der deutschen Soldaten herausgeholt hat.

Der Regierungskommissar General Bovelet sagt in seinem Resumé gegen Bazaine, Cosmires de Noiret, der Gouverneur von Metz hätte am 14., nach der Schlacht von Borny, ohne Bazaine's Wissen, den Preußen auf ihr Ersuchen einen 24stündigen Waffenstillstand gewährt. Sie verlangten ihn unter dem Vorwande, ihre Todten begraben zu können, und benötigten ihn, um an die Bülden der oberen Mosel zu gelangen, ohne beunruhigt zu werden. Ein alter Barbarenwäg, den sich der Gallo-Teutone von dem Teutono-Slaven vorspielen läßt! Und Bazaine hat den Cosmires in seiner Stellung gelassen! Von diesem Waffenstillstand sagt weder Motile in dem „größeren“ Generalstabswerke ein Wort, noch Schell und Goltz in ihren „kleineren“. Deutschland hat durch den Proceß Bazaine noch mehr gewonnen und Frankreich noch mehr verloren. So hätte Bismarck drucken sollen. Er war dieses Mal zu bescheiden. Das Rehr sollen sich die Berliner von dem kaum christlichen Baron aber vollkommenen Finanzplumenthal-Bleichröder diecontiren lassen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Golha. Die Mitglieder der Gewerkschaft Mannheims haben Franz Hammer von Loht a. M. von der Gewerkschaft ausgeschlossen, indem derselbe als Beitragssammler die Gewerkschaft um 4 fl. 56 kr. betrogen hat, und ersuchen die Kollegen, denselben, wo er auftaucht, zu kennzeichnen. Besonders machen wir die Kollegen in Loht aufmerksam. In Augsburg ist Bevollm. J. Mannes b. Schneider, Dachtrinerstraße B. 160.

Correspondenzen.

Leipzig, 27. April. Der Strife der Schuhmacher ist ausgebrochen und sind alle auswärtigen Kollegen ersucht, jeden Zugang nach hier festzuhalten.

Diese, Notifikationen ic. sind zu senden an den Verh. der Schuhmacher bei Schreiber, Mühlstraße 3.

Berlin, 14. April. Der Reichstag beendete heute die zweite Lesung des Kirchendienergesetzes. Nach den üblichen Debatten wurden die Paragraphen in folgender Fassung angenommen: § 2. Die Vorschriften des § 1 finden auch auf diejenigen Personen Anwendung, welche wegen Vornahme von Amtshandlungen in einem Kirchenamte, das den Vorschriften der Staatsgesetzte zuwider liegen übertragen oder von ihnen übernommen ist, rechtskräftig Strafe verurtheilt worden sind. § 3. In der Verfassung (§§ 1, 2) sind die Gründe der angeordneten Maßregel anzugeben. Behauptet der Betroffene, daß er die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht begangen habe oder daß dieselben den im § 1 bezeichneten Thatbestand nicht enthalten, so steht ihm binnen acht Tagen nach Zustellung der Verfassung auf richterliches Gehör offen. Zuständig ist in denjenigen Bundesstaaten, in welchen ein ausländisches Mitgliedern zusammengesetzter besonderer Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten besteht, dieser Gerichtshof; in den übrigen Bundesstaaten das höchste Gericht für Strafsachen. Das Gericht entscheidet, ob der Berufende eine der im § 1 bezeichneten Handlungen begangen hat. Wird festgestellt, daß keine Handlung vorliegt, auf Grund deren dieses Gesetz die angeordnete Verfassung für zulässig erklärt, so ist die letztere durch anordnende Behörde aufzuheben. Die Verfassung muß von dem Berufenden in gerichtlicher oder notariell beglaubigter Form unterzeichnet und dem zuständigen Gerichte eingereicht werden. Für das Verfahren kommen die bei dem zuständigen Gerichte geltenden Vorschriften in Anwendung. Erforderliche Abänderungen oder Ergänzungen derselben werden bis zur gesetzlichen Regelung durch das Gericht festgesetzt. Die für den Fortgang des Verfahrens gesetzlich vorgeschriebenen Fristen können nach Ermessen des Gerichts abgekürzt werden. Die Verfassung hält die Vollstreckung der angeordneten Verfassung nur dann auf, wenn die letztere den Verlust der Staatsangehörigkeit und die Ausweisung aus dem Bundesgebiete ausgesprochen hat. In diesem Falle kann dem Berufenden bis zur richterlichen Entscheidung der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angewiesen werden. § 3. Personen, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes ihrer Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate verlustig erklärt sind, verlieren dieselbe auch in jedem anderen Bundesstaate und können eine neue Staatsangehörigkeit in keinem Bundesstaate ohne Genehmigung des Bundesraths erwerben. § 4. Personen, welche wegen Verurtheilung von Amtshandlungen in einem Kirchenamte, das den Staatsgesetzten zuwider ihnen

übertragen oder von ihnen übernommen ist, zur Unterstutzung gezogen werden, kann nach Eröffnung der gerichtlichen Unterstutzung durch Befugung der Landespolizeibehörde bis zur rechtskräftigen Verurtheilung des Verfassers der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert werden.

Für diese Paragraphen stimmte die „reichstheumliche“ Majorität mit Einschluß der Fortschrittspartei; nur einige Mitglieder derselben, wie Baus, Richter und einige Andere entfernten sich vor der Abstimmung.

Es folgte die dritte Lesung des Pressegesetzes. In der Generaldebatte entwickelte Abg. Sonnemann in sehr eingehender Weise, daß die Aenderungen, welche der Bundesrath an den Beschlüssen der zweiten Lesung verlangte, das Gesetz für jede freisinnige Partei unannehmbar machen müßten. Namentlich sei es ein viel zu theurer Preis für die Befreiung der preussischen Presse von Cautions- und Stempel, wenn man dafür den Zeugnißzwang des Redacteurs und die nur wenig gemilderte polizeiliche Beschlagnahme durch ein Reichsgesetz in ganz Deutschland einführen sollte. In ähnlichem Sinne sprach Abg. Träger von der Fortschrittspartei. Abg. Marquardsen hat dagegen die Wünsche des Bundesraths in Form von Amendements eingebracht und Abg. Poser beantwortet dieselben lebhaft. Abg. v. Hoyerbed macht die Zustimmung der Fortschrittspartei zu diesen Amendements davon abhängig, daß der Bundesrath erkläre, ohne dieselben das Gesetz nicht anzunehmen zu können. Natürlich that ihn Hr. Delbrück den Gefallen, das zu erklären.

Nach Schluß der Generaldebatte erklärte Abg. Most zur Geschäftsordnung, daß er sich seit mehreren Tagen fast zu jeder Debatte zum Worte gemeldet habe, ohne es je zu bekommen. Es schienen also geheime Abmachungen zu existiren, welche den Vortritt der Geschäftsordnung illusorisch mache, die verordnete, daß der Präsident dem Mitgliede das Wort geben müsse, das sich zuerst melde. Der Vicepräsident Abg. Hänel entzieht hierauf dem Abg. Most das Wort. Die einzelnen Paragraphen werden darauf bis § 24 alle nach Wunsch des Bundesraths angenommen. Die weitere Verathung wird auf morgen verlegt.

Erfurt. Vor Kurzem hielten wir die erste Volksversammlung nach der Wahltagation ab mit der Tagesordnung: 1) Das Gehalt der national-liberalen Abgeordneten gegenüber der Oppositionspartei im deutschen Reichstage; 2) Die Grund- und Bodenfrage, Referent war Wilhelm Ufert aus Weimar. Da für besagten Abend es unmöglich war, einen größeren Saal zu erhalten, mußte dieselbe im Parteisäle, Gasthaus „zum deutschen Kaiser“, abgehalten werden. Nachdem das Bureau sich konstituirte hatte, erhielt der Referent das Wort über den ersten Punkt der Tagesordnung. Derselbe beleuchtete in anderthalbstündiger klarer Rede die Thätigkeit der jetzt tagenden Volksvertretung, indem er die verschiedenen Gesichtspunkte, beziehungsweise Debatten der Reihe nach durchnahm, das arrogante Verhalten der gegnerischen, unsere Vertretung feindselig gesinnten Abgeordneten in einer Allen verständlichen Sprache trefflich nachwies und besonders auch den gewohnheitsmäßigen Lachern den gebührenden Platz einräumte. Bei der Verathung des Militärgesetzes verweilte der Redner längere Zeit; das ganze jetzige System einer nach allen Seiten sich erstreckenden Kritik unterwerfend, stellte er dem gegenüber die Wohlthat des deutschen Kaisers, welche, den Tag zu 12 Stunden gerechnet, in der Sekunde 7 Sgr. 10 Pf. betrage, und ging dann zu der Arbeiterbewegung im Allgemeinen über. Man waise, sagte Redner, den Sozialdemokraten vor, sie seien Reichsfeinde; man sollte jedoch lieber die Verhältnisse so ändern, daß der Arbeiter als Mensch leben könne, was durch Ausbeutung der kapitalistischen Produktionsweise, die den weitaus größten Theil der Menschheit in Noth und Elend werfe, zu erreichen sei, geschehe das, wir Sozialdemokraten müßten die besten Patrioten von der Welt sein. Nachdem noch einige Parteigenossen in gleichem Sinne gesprochen, mußte wegen vorgerückter Zeit die Versammlung geschlossen werden, ohne daß der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt werden konnte.

Was auch die Versammlung wegen der Kleinheit des Lokals eine schwach besuchte zu nennen, so war doch der Geist, welcher die Anwesenden beherrschte, ein guter zu nennen, welcher denn auch durch Hysterien Beifall zum Ausdruck gelangte. Die Erkenntniß, daß die Arbeiter selbst an der Verbesserung ihrer Lage ohne Rücksicht auf andere Parteien arbeiten müssen, greift immer mehr um sich und hier und da werden schon Stimmen laut, die das Verhalten bei den letzten Wahlen gegenüber der Arbeiterpartei bewahren. Als Commentar lasse ich noch folgende amtliche Bekanntmachung, die im „Allgemeinen Anzeiger“ steht und die deutlich zeigt, wie der Bürger sich zur Freiheit stellt, folgen: „Am Sonntag, den 22. d. M. wird zur Feier des Geburtsstages Sr. Maj. des Kaisers und Königs b. i. günstiger Witterung zwischen halb 12 und 1 Uhr eine Paradeausstellung der Truppen auf dem Anger stattfinden. Während dieser Ausstellung dürfen Fahrwerke den Anger nicht passiren und auf denselben nicht aufgestellt werden. Fußgänger dürfen sich nur auf den Bürgersteigen aufstellen und bewegen.“ Daja sei bemerkt, daß fast sämtliche mit der Bahn Reisende, den Anger passiren müssen. Wahrhaftig, die Deutschen sind große Patrioten, große Patrioten!

Herrmann Göze, Schriftführer.

Magdeburg, 9. April. Die auswärtigen Parteigenossen haben gewiß schon lange nichts mehr von uns vernommen und vielleicht geglaubt, daß in Magdeburg die Bewegung schon längst eingeschlafen sei. Wohl lag eine Zeitlang die Bewegung darnieder, ab r schon seit mehreren Monaten sind wir wieder äußerst thätig und bemüht, das nachzuholen, was durch unabänderliche Hindernisse früher unterbleiben mußte. Schon vor den Wahlen sammelten wir uns wieder und gingen mit Volksversammlungen vor. Waren diese auch schwach besucht, so haben wir doch über 1200 Stimmen auf unsern Candidaten Th. Wegner vereinigt, und haben wir die beste Hoffnung, daß bis zur nächsten Wahl ganz andere Resultate erzielt werden. Der ausgestreute Samen hat auch seine Früchte getragen, und haben wir deren schon manche gepflückt. So wurde die Vorstadt Sudenburg in Angriff genommen und in einer im Vor. Monate stattgehabten Volksversammlung ließen sich 31 Mann in die Parteiliste einzeichnen; bis jetzt ist die Zahl dort bereits bis über 40 gestiegen.

Toch auch in Magdeburg haben wir einen guten Fortschritt gemacht. Wir beriefen am 23. v. M. eine Volksversammlung in der Centralhalle ein, zu der unser Parteigenosse und Reichstagsabgeordneter Gab aus Hamburg als Referent erschien.

Nur vorher brachte die „Magd. Bürger Ztg.“ in einem ihrer Reichstagsberichte eine Schilderung über die sozialistischen Reichstagsabgeordneten in einer Färbung, die gewiß manchem ihrer feindsüchtigen Leser die Gänsehaut überlaufen machte. Gewiß glaubte so mancher angehende Zwiebelbürger, es kommt nun bald der Tag, wo er zusammen mit seinen Compagnen in einer mächtigen Platte in der köstlich pikanten Petroleumsauc: von den „wüsten Geseßen“, den Sozialdemokraten, geschmort, und diese sich die besten Wästen aus den feinsten Wästen ihrer Schlachttopf zum Bespeisen heranzu-

schneiden würden. Was Wunder also, daß am Abend des 23. März die Menschen zur Centralhalle walfabierten, um sich von der „guten Lunge und der geläufigen Zunge“ eines jener „Rauschbolde“ ihr Schicksal verkünden zu lassen. Halb 9 Uhr nahm die Versammlung ihren Anfang und wurde Kees als erster, Habermann als zweiter Vorsitzender, und H. Hebrant als Schriftführer gewählt. Nach einer kurzen Ansprache des ersten Vorsitzenden wurde Geib zur Tagesordnung: „Die Wählfrage der Sozialdemokratie und die Parteien im Reichstage“ das Wort ertheilt. Es kann nicht meine Aufgabe sein, auf die anderthalbstündige, oft von stürmischem Beifall unterbrochene Rede Geibs näher einzugehen. Redner wies schlagend nach, wie die Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr sich immer weiter verbreitet, die Gegner immer mehr den Boden unter ihren Füßen wanken fühlen, jedoch oft zu den verkehrtesten Mitteln greifen, um der Gefahr, von den Sozialdemokraten überfüllt zu werden, auszuweichen. Redner unterzog die verschiedenen Parteien einer herben aber verdienten Kritik, und stritt den Führern dieser Parteien das Recht ab, sich als wahre Vertreter des Volks zu geriren. Er führte aus, daß von allen Parteien nur die Sozialdemokratie, trotzdem sie heute noch in zwei Lager gespalten sei, ihre Prinzipien verwirklichen könne; daß wir keineswegs die Absicht hegten, die Befreiung des Menschen-geschlechts auf blutigen Wege herbeizuführen, wir seien gern bereit, die Hand zur Versöhnung zu bieten, sobald die besitzende Klasse sich bereit findet, ernst und ehrlich mit uns zu wirken, um die darbenende Menschheit aus ihrer unheilvollen Lage zu erlösen und sie zu Wohlstand und Glück zu führen. Wollte sie das nicht, so wird die sozialdemokratische Arbeiterpartei, unbelümmert um die heutige Gesellschaft, ihr begonnenes Emancipationswerk vollenden. Redner schließt mit einem Gleichniß, das ein andermal seinen Platz im „Volksstaat“ einnehmen soll und verläßt unter rauschendem Beifall die Tribüne.

Nach Geib sprachen noch Behr aus Braunschweig, Hendrik, Habermann, Kees und Wiemer. Letzterer zählte in derber Münze der „Magdeburger Zeitung“ für ihre nach dem Reptilienfonds tanzenden Reichstagsberichte aus.

Nachdem Kees mit kräftigen Worten zum Eintritt in die Partei und zum Abonnement auf den „Volksstaat“ aufgefodert, nahm Geib zum Schluß nochmals das Wort und forderte die Anwesenden in erster Weise auf, als Männer für ihre Ueberzeugung einzustehen und nicht wider besseres Wissen nur Einzelnen alle Arbeit und Mühe zu überlassen. Unter stürmischem Hoch auf die Sozialdemokratie und unter Gesang von Proletariatsliedern wurde die sehr zahlreich besuchte Versammlung geschlossen, und traten viele Arbeiter unserer Partei bei.

Die Begeisterung, die in der Versammlung herrschte, wird wohl den Gegnern unserer Sache bewiesen haben, daß in Magdeburg die Idee der Sozialdemokratie fortlebt und immer mehr wachere Streiter unter ihre Fahne sammelt.

Vor aber, Parteigenossen, arbeitet rüstig weiter, jeder Parteigenosse, der gewonnen wird, ist ein Nagel zum Sarze der heutigen Gesellschaft. Die „Magd. Ztg.“, die sonst über jede Versammlung berichtete, schwieg diesmal über unsere Versammlung wie das Grab. Wäre die Versammlung von 100 oder 200 Mann besucht gewesen, so hätte sie gewiß der Welt verkündet, der Sozialismus liege in den letzten Tagen. Nur der „Magd. Corr.“, ein konservativer Degan, brachte einen wahrheitsgetreuen Bericht, dafür wird ein andermal wieder thätig gelogen, nicht wahr, „liebe Tante“?

Magdeburg, 15. April. Zu einer Versammlung der selbstständigen Handwerker, die gestern in Lindners Salon stattfand, bezog sich auch ein Häufchen von ungefähr 50 Sozialdemokraten, war doch diese Versammlung eine öffentliche. Der Einberufer that sofort in stiller Abnung, daß es nach Petroleum riecht, laud, daß nur selbstständige Handwerker stimmen und sprechen dürften. Wir gaben uns damit zufrieden und sahen den Dingen entgegen, wie ba kommen sollten. Ich will den Lesern des „Volksstaat“ den Kohl nicht aufstücken, den der Vortragende Brandis aus Berlin nebst andern Meistern hervorbrachte. Nur das sei erwähnt, daß außer Contraktien, Controlbüchern ic. dem Hrn. Brandis der Ausweis entzückte: „Er habe alle Achtung vor der hohen Gelehrsamkeit der Reichstagsabgeordneten, aber es wäre besser, wenn jene neben ihren wissenschaftlichen Kenntnissen auch die praktischen Erfahrungen besäßen, die er inne hätte, und es könnte gar nicht schaden, wenn im Reichstage 10—15 Abgeordnete säßen, die nebst wissenschaftlicher Kenntniß seine (des Brandis) praktische Erfahrungen in sich vereinigten; wenn alle Sünden im Reichstage vertreten wären, gehört auch er Handwerkerstahl hinein. Außer einer langen Petition an den Reichstag wurde den konservativen Abg. Ackermann und Günther eine Dankadresse für ihre Anträge votirt. Brandis und Genossen stimmten zu unserm Ergögen ein ganz gewaltiges Lamento darüber an, daß die Fortschrittler und Liberalen sich gar nicht um ihre Petitionen kümmerten; trotzdem, daß sie alle diesen Parteien angehörten, müßten sie ihre Mißbilligung über die Abgeordneten ihrer Parteien ausdrücken, und sei das Vorgehen der Herren Ackermann und Günther ein lobenswerthes.

Also werden wir das Schauspiel erleben, daß bei den nächsten Wahlen der Mittelstand sich ins Gesicht stützt oder bei den Conservativen sich anzuklammern sucht, um dem Tode des Extremens in unserer industriellen Flut nicht noch früher als er es ahnt, zu verfallen.

Kochstedt, 11. April. Auch hier sind eine Anzahl Arbeiter der Partei beigetreten und hatten diese die Absicht, am Sonntag, den 12. d. M., eine Volksversammlung abzuhalten, in der Wiemer aus Magdeburg über das Contraktbruchgesetz referiren sollte. Jedoch der Mensch denkt und der Zufallfabrikant Heinrich Silberschlag lenkt. Der Gasthof „zum schwarzen Koler“, in dem die Versammlung stattfinden sollte, gehört einer Wittve, deren Sohn in der Fabrik jenes Silberschlag als Maschinenschlosser arbeitet. Der pfiffige Silberschlag düstelte mit seinem kügelen Besitze aus, daß der Gasthof nicht jowid einbringt, um Mutter und Sohn ernähren zu können, und sim Vollgefühl seiner schlotzjunkerlichen Würde begiebt er sich an den Schraubstock seines feilenden Arbeiters und verkündet demselben: „Entweder darf keine Versammlung mehr bei Ihnen stattfinden, oder Sie sind meiner Arbeit quitt.“ Die Wittve, die der 4—5 Tskr., die ihr Sohn wöchentlich verdient, bedarf, konnte nicht anders, als uns das Lokal verweigern, da es in Kochstedt keine andere Arbeit für ihn gab und sie ihn in der Wüthigkeit ebenfalls dringend bedarf. Müßen ja doch von Kochstedt aus viele Arbeiter stundenweite Wege machen, um ihr Brod zu verdienen. Während polnische Arbeiter herangezogen werden, und diese b.üger arbeiten, müssen Familienväter auf den Bergwerken oder Ziegeleien in der Umgegend arbeiten und können nur einmal in der Woche auf wenige Stunden einkehren. Das ist auch ein Stück Familienglück, das die gottlosen Sozialdemokraten zerstören wollen.

Doch nun zurück zu unserm Silberschlag; daß dieser Silber und auch Gold aus seinen Arbeitern heranzuschlagen versteht,

